

Bericht über die Entwicklung in POLEN

April 1963

I. <u>POLITISCHE EREIGNISSE</u>	1
1) Der "Klassenfeind" und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten	1
2) Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Ghetto	4
3) Echo der Päpstlichen Enzyklika in Polen	7
4) Die Deutschen und der Vatikan	8
5) "Trybuna Ludu" zur Nominierung ERHARDS	10
II. <u>SOZIALE UND KULTURELLE PROBLEME</u>	11
1) Erziehen oder ernst nehmen?	11
2) Droht Polen Entvölkerung	12
3) Barbarische Ausbeutung	15

I. POLITISCHE EREIGNISSE

1) Der "Klassenfeind" und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Regimes

Die heftige Reaktion der polnischen Bevölkerung auf die einschneidenden Preiserhöhungen für Strom, Gas und Kohle war für die Regierenden zweifellos eine Überraschung. In der Partei- und Regierungsspitze rechnete man wohl man der Unzufriedenheit, nahm aber nicht an, daß die Proteste so stark ausfallen würden.

Ministerpräsident CYRANKIEWICZ, der die undankbare Aufgabe hatte, diese Maßnahmen der Bevölkerung mitzuteilen und zu erläutern, wurde zur Zielscheibe der allgemeinen Empörung der Massen. Deshalb fühlte er sich von seinen Parteilreunden übervorteilt. Ohne seine Erbitterung zu verhehlen, klagte er seiner Umgebung, daß man ausgerechnet ihn als ersten in das Feuer geschickt habe, obwohl es doch allgemein bekannt sei, daß er keine Verantwortung für die wirtschaftliche Politik der Regierung habe und sich mit wirtschaftlichen Problemen kaum befasse. Besonders peinlich war dem polnischen Premier die Tatsache, daß es ausgerechnet während des Besuches des mexikanischen Präsidenten Lopez MATEOS in Warschau zu aufsehenerregenden Demonstrationen gegen die Preiserhöhungen kam. Politische Kreise Warschaus hegen den Verdacht, daß diese Demonstrationen in gewisser Hinsicht von der "Partisanengruppe" gesteuert worden seien, um auf diesem Wege mißliebige "Liberale" ob ihrer "Laschheit" in Schwierigkeiten zu bringen. In der Umgebung des Regierungschefs spricht man heute nicht mehr von einem "Verdacht", sondern ist überzeugt, daß solche Intrigen dahinterstecken.

In der nach der Preiserhöhung entstandenen kritischen Situation entschloß sich GOMULKA, CYRANKIEWICZ zu Hilfe zu eilen. Ohne Rücksicht auf die eigene Popularität entschloß er sich, seinerseits die letzten Maßnahmen vor dem Volk zu vertreten. Am 17. April erschien GOMULKA vor dem Warschauer Parteiaktiv und begründete in einer längeren Rede noch einmal den Standpunkt des Regimes. Gleichzeitig erteilte er den Kritikern der unpopulären Regierungsmaßnahmen eine Antwort:

"Diese Angelegenheit wurde schon vom Ministerpräsidenten Cyrankiewicz vor dem Parlament ziemlich ausführlich behandelt, fand aber kein volles Verständnis bei einem Teil der Bevölkerung. Diejenigen, die für die erhöhten Ausgaben nicht ausreichend entschädigt werden, sind unzufrieden. Das ist keine Überraschung. Niemand kann zufrieden sein mit einer Maßnahme, durch die er nicht gewinnt sondern verliert. Wenn jedoch der Verlierende Sinn und Gründe (der Maßnahme) versteht, wird er trotz Unzufriedenheit diese Maßnahme billigen können. So werden alle handeln, die ihre persönlichen Interessen nicht vor die Probleme der Allgemeinheit stellen."

"Die erste instinktive Reaktion eines Teiles der Bevölkerung äußerte sich in Verwirrung und Unzufriedenheit, was die internen und auswärtigen Feinde unseres Systems, die Feinde des Sozialismus auszunützen nicht versäumten. Es gibt dieser Feinde nicht wenige unter uns. Unser gesellschaftliches System kann den ehemaligen Großgrundbesitzern, Fabrikanten, Großhändlern, aber auch der ganzen kleinbürgerlichen Meute, die an der Seite der Besitzerklasse vom kapitalistischen System nicht schlecht profitiert, nicht gefallen. Diese Leute verschwanden nicht aus unserem Leben. Sie sind da und sie wirken. Verfälschungen und Lügen fließen in unser Land auch über die Wellen der kapitalistischen Rundfunksender."

Nach seiner Rückkehr zur Macht im Oktober 1956 pflegte GOMULKA relativ selten vom "Klassenfeind" zu sprechen. 11 Jahre nach dem Kriegsschluß hätte die Behauptung, daß die (im Kriege ohnehin stark dezimierten und zum größten Teil ausgewanderten) "Besitzerklassen" eine wirkliche Gefahr für das Regime bedeuten können, wenig glaubwürdig gewirkt. Heute sind seit der kommunistischen Machtübernahme in Polen über 18 Jahre vergangen. Wer allen Ernstes vom "Klassenfeind" spricht, wirkt meist komisch. Für jeden Beobachter der politischen Entwicklung in Polen und wohl auch für die Regierungs- und Parteispitze ist klar, daß heute Opposition gegen das Regime ausschließlich

von Menschen getragen wird, die niemals zur besitzenden Klasse gehörten. GOMULKA verfälschte also die Dinge, als er die wachsende Unzufriedenheit der breiten Massen als Folge des bewußten Wirkens der früher herrschenden Klasse darstellte.

In seinen Ausführungen erklärte GOMULKA, daß

"... die Lüge der feindlichen Propaganda Erfolg hatte. Unter anständigen Menschen fanden sich viele Opfer dieser Lüge, die dadurch zu unbewußten Verbreitern dieser reaktionären Propaganda geworden sind..."

In zahlreichen Betrieben fragte die Belegschaft: Wo waren die Gewerkschaften? Warum ließen sie eine Preiserhöhung zu, die den Lebensstandard der Arbeiterklasse verschlechtert? Es gab sogar Mitglieder der Partei, die fragten: Wenn die Situation des Landes es erfordert, werden wir ohne Widerspruch eine Herabsetzung der Löhne in Kauf nehmen, aber warum sagt man uns dann nicht die Wahrheit?"

Warum die "feindliche" Propaganda einen solch durchschlagenden Erfolg für sich buchen konnte, findet in der Rede GOMULKAS folgende Erklärung:

"Im politischen Leben, im Bewußtsein und ideologischen Denken des Volkes, der Arbeiterklasse, der Intelligenz, eines jeden Menschen gibt es niemals einen Leerraum. Wenn die Partei auf diesem Gebiete nicht arbeitet oder nicht genug arbeitet, läßt sie die Tür für Gegner des Sozialismus, für den Klassenfeind und seine bourgeoise Ideologie offen."

Angeblich verbreitete der "Feind" in den Unruhetagen das Gerücht, die Regierung könne die Löhne nicht erhöhen, weil Polen ungebührlich große Entwicklungshilfe für asiatische und afrikanische Länder leisten müsse. weiter sei behauptet worden, daß der "Kohlemangel" in Polen dadurch entstanden sei, weil man Kohle nach Kuba ausführt". All das bezeichnete GOMULKA als grobe Entstellungen. Die Ursache der jetzigen schweren Lage sei anderswo zu suchen. Es handele sich um Verluste, die Polen durch den strengen Winter erlitten habe.

In der Industrie betrage der Produktionsausfall in den ersten beiden Monaten des Jahres über 3,5 Milliarden Zloty, die Verluste der Landwirtschaft ließen sich heute noch nicht abschätzen.

Mit dem Hinweis auf diese Verluste begründete GOMULKA einen Lohnstop. Lohnerhöhungen könnten nicht vorgenommen werden, meinte er, weil das Gleichgewicht zwischen Kaufkraft der Bevölkerung und der verfügbaren Warenmasse gestört würde. Erst wenn die Wirtschaft die erlittenen Verluste aufgeholt habe, könne man über eine Verbesserung des Lebensstandards sprechen.

2) 20. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Getto

Als man vor einigen Monaten Vorbereitungen zum 20. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Getto traf, wurde es bereits klar, daß der Gedenktag von den Gegnern der antisemitischen "Partisanengruppe" zu einer Art politischen Demonstration benutzt werden sollte. Die Schutzherrschaft wurde vom Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ übernommen, von dem man weiß, daß er nicht gerade als Freund der "Partisanen" zu betrachten ist. Die organisatorische Leitung der Feierlichkeit übernahm der "Verband der Kämpfer für Freiheit und Demokratie", an dessen Spitze ein ehemaliger Partisan steht, der nicht zur heutigen "Partisanengruppe" gehört: Janusz ZARZYCKI, zurzeit Bürgermeister von Warschau. ZARZYCKI gehört zu jenen Kombattanten der polnischen resistance, die nach dem Kriege nicht den Karriereweg mitmachten, der von heute anerkannten "Partisanenführern" eingeschlagen wurde, d.h. er ging nicht zur Sicherheitspolizei und wurde auch kein provilierter Stalinist. Heute steht er daum auf der Abschußliste seiner ehemaligen Kameraden.

Die Organisatoren der Feierlichkeiten wollten zeigen, daß nicht die Partei, sondern nur Splittergruppen antisemitische Tendenzen repräsentieren.

Die anderen traten dieser Absicht dadurch entgegen, daß sie auch die Juden ehrten. Einer der anerkannten Führer der "Partisanen", der jetzige Chef der Sicherheitspolizei und General Mieczyslaw MOCZAR, veröffentlichte in der Zeitschrift "Za wolnosc i Lud" ("Für Freiheit und Volk") - erscheint zweimal monatlich - einen Artikel über den Kampf der jüdischen Widerständler in Polen und über die Hilfe, die man diesen Juden aus kommunistischen Kreisen zuteil werden ließ. Offenbar sollten mit diesem Artikel antisemitische Äußerungen der "Partisanen" übertönt werden.

Man muß in diesem Zusammenhang jedoch auch erwähnen, daß ein anderer Führer der "Partisanengruppe", Geheimdienstchef General Grzegorz KORCZYNSKI, gerade in dieser Frage schwerstens belastet ist. Er wurde Anfang der fünfziger Jahre wegen Erschießung der Mitglieder von zwei jüdischen Gruppen im Kriege vor ein Gericht gestellt und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Später setzten Freunde seine Freilassung durch, da er bei den nicht bestrittenen Judenerschießungen sowjetische Richtlinien befolgt habe. Die Sowjets hätten im Kriege in jedem in den Wald geflüchteten Juden einen potentiellen Gestapospitzel gesehen.

Die Zentralveranstaltungen zum Gedenken des Getto-Aufstandes fand am 18. April in Warschau statt. Die gesamte Presse zählte die Namen der Prominenz auf, die teilnahm. An einem besonderen Platz erwähnte man die "verdienten Teilnehmer aus dem Kampf gegen die Besatzer, die Partisanenführer MOCZAR und KORCZYNSKI". Mit ihrer Teilnahme an den Feierlichkeiten wollten die beiden die These entkräften, daß sie gegenüber Juden unversöhnliche Feindschaft hegen.

Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" veröffentlichte am selben Tage einen achtspaltigen Artikel, in welchem die Frage der Verantwortung für das Verbrechen der Judenausrottung behandelt wird. Der Verfasser, ein ehemaliger Pressekorrespondent während des ersten Nürnberger Prozesses, erinnert sich, wie die später hingerichteten Nazi-Verbrecher jede Schuld weit von sich gewiesen haben.

"Es gab auch keine Schuldigen, als Kommandanten der KZ-Lager, Offiziere der SS und Polizei, die die Morde an Juden, Polen, Russen und Serben leiteten, vor Gericht standen. Das gleiche wiederholte sich mit den Mannschaften der Mörderarmee, mit Gestapo-leuten, Gendarmen, SS-Männern, die eigenhändig mordeten, schossen, mißhandelten. Auch hier gab es keine Schuldigen. Sie haben alle 'auf Befehl' gehandelt. Der Kreis der Unschuld wurde auf diese Weise geschlossen. Die ganz oben hatten die besten Absichten, beschäftigten sich mit Philosophie, Diplomatie und Rechtsprechung. Vielleicht waren ihre Intentionen entstellt. Die ganz unten bekamen Befehle, sie prüften die Intention nicht, ihre Aufgabe war zu gehorchen...

Professor Hrszfeld (ein weltbekannter polnischer Serologe jüdischer Herkunft, verstorben einige Jahre nach dem Kriege) schrieb fast hellseherisch über diese 'Rehabilitierungsaktion' in seinen Memoiren: 'Es werden Zeiten kommen, daß die Deutschen ihren Frieden mit der Welt werden machen wollen. Man wird mit diesem Problem der Ermordung von Millionen Menschen irgendwie fertig werden müssen. Die Deutschen werden leichte Gewissensbisse haben... Sie werden vielleicht sagen: Dieser Hitler, das war ein Verrückter. Man kann seinenwegen nicht das ganze Volks beschuldigen. Sprechen wir doch jetzt von Beethoven... Wie wunderschön dieses Adagio ist. Man kann doch nicht ewig vom Morden sprechen. Schaffen wir die große Internationale der wohlherzogenen Menschen. Und sie werden sagen: Mehr Schweigen über diese Gräber.'"

Der Artikel der "Trybuna Ludu" hat mit diesen Akzenten eine eindeutige anti-deutsche Tendenz und bezieht damit eine Haßlinie, die unverändert auf das gegenwärtige Deutschland übertragen wird.

3) Päpstliche Enzyklika

Ein sehr positives Echo fand in der polnischen Presse die letzte päpstliche Enzyklika "Pacem in terris". Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" bezeichnet sie am 12. April als "zweifelloos bedeutendes Dokument in der heute wichtigsten Frage von Frieden und Krieg". "Der höchste Würdenträger und die größte Autorität der katholischen Kirche sprach sich für Frieden, für Abrüstung, für Verhandlungen, für die Notwendigkeit der Ausarbeitung neuer Grundsätze des internationalen Lebens aus."

"Die Antwort aller Menschen, die wirklich guten Willens sind, " - meint das kommunistische Blatt - "wird sicher gleich sein. Die polnische Öffentlichkeit wird ohne Unterschied, ob Gläubige oder Ungläubige, die Worte des Papstes als wichtigen und erwünschten Beitrag zur Frage des Friedens und der Verständigung zwischen den Völkern anerkennen..."

Man muß den aufrichtigen Wunsch äußern, daß der feierliche Aufruf des Papstes auch in Ländern zur Kenntnis genommen wird, wo an der Spitze der Regierungen katholische Staatsmänner und katholische oder christliche Parteien stehen."

Die Zeitung "Zycie Warszawy" (vom 11. April) schreibt, daß die Enzyklika "Pacem in terris" wahrhaftig als "Enzyklika der friedlichen Koexistenz" bezeichnet werden könnte. Sie enthalte viele Gedanken, die mit Befriedigung und Anerkennung von allen Anhängern des Friedens ohne Rücksicht auf die von ihnen vertretenen politischen Ansichten und ideologischen Überzeugungen zur Kenntnis genommen würden.

Sogenannte "fortschrittliche Katholiken" aus der prokommunistischen "Pax" glauben offensichtlich, daß die Wendung der vatikanischen Politik auch sie zu neuer Aktivität verpflichte. Nach dem Oktober 1956 war die politische Tätigkeit der Pax-Katholiken von GOMULKA eingeschränkt worden. Nach einem

Bericht der Zeitung "Zycie Warszawy" vom 26. April fand in den Räumen der Pax-Organisation eine Diskussion statt zum Thema : Normalisierung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche. Man vertrat die Ansicht, daß die Hinweise des Papstes nicht ohne Folgen für die Gestaltung der kirchlich-staatlichen Beziehungen bleiben würden. Eine volle Normalisierung dieser Beziehungen könne nach Ansicht der Pax-Leute nur dann erreicht werden, wenn das polnische Episkopat das sozialistische System in Polen als dauerhaft anerkenne und "alle konstruktiven Konsequenzen aus dieser Tatsache zieht".

4) Die Deutschen und der Vatikan

Die kommunistische Presse in Polen fand etwa vor einem Jahr einen Experten für katholische Fragen. Der neue Starkkorrespondent einiger Zeitungen und Zeitschriften ist Sproß einer alten adligen Familie, deren prominentester Vertreter im 18. Jahrhundert Bischof von Ermland, Höfling des letzten Polenkönigs und bedeutender Dichter war. Er hieß Ignacy KRASICKI, genau so wie heute der polnische Korrespondent in Rom.

Beide Männer tragen nicht nur gleiche Vor- und Nachnamen, es scheint auch eine charakterliche Verwandtschaft zwischen ihnen zu geben. Der Kirchenfürst schrieb vor 200 Jahren ergreifende Gedichte über die Vaterlandsliebe, als aber nach der ersten Teilung Polens seine Diözese dem preußischen Staate zufiel, fand sich KRASICKI unter den Schmeichlern des Preußenkönigs Friedrich II. Der heutige Ignacy KRASICKI, von Freunden scherzhaft "roter Graf" bezeichnet, überlegte auch nicht lange, als die Sowjets Polen besetzten, und trat der Kommunistischen Partei bei.

Die große Stunde schlug für KRASICKI, als man ihn vor der Eröffnung des Konzils nach Rom schickte. Er fand sich dort schnell zurecht und seine ersten Korrespondenzen wurden in allen polnischen Kreisen mit großem Interesse verfol

Am 20. April erschien in "Zycie Warszawy" seine Korrespondenz über "Die Deutschen im Vatikan". Dort heißt es u.a.:

"Die Traditionen des deutschen Katholizismus, die Verbindungen des deutschen Episkopats mit dem Apostolischen Stuhl während des Pontifikats vom Pius XII, die Richtlinien der vatikanischen Diplomatie in jener Zeit, das alles hat einen politisch verdächtigen und moralisch zweifelhaften Inhalt und Nachgeschmack. Bei einer Pressekonferenz der deutschen Bischöfe während der ersten Session des Konzils hörte ein britischer Korrespondent den lauten Ausführungen eines sehr selbstsicheren deutschen Prälaten zu und machte folgende Bemerkung: 'Deutsche Geistliche fallen mir auf die Nerven. Hier in Rom ist es überall voll von ihnen und sie sind laut. Man könnte meinen, daß sie beim Konzil und bei der Reform der Kirche den Ton angeben. Dabei sollte von allen Kirchen der Welt gerade diese sich am leisesten und am ruhigsten benehmen, nach allem, was in den Jahren 1933-45 mit Wissen und mit stillem Einverständnis der deutschen Katholiken geschah!'

Das Problem der moralischen Verantwortung des deutschen Katholizismus für die Verbrechen Hitlers und des III. Reiches ist im Vatikan lange Jahre schamhaft verschwiegen worden. Dies war um so verständlicher, da die Rolle des Papstes Pius XII. während des Krieges zu zweifelhaft war, um das moralische Recht zur Verurteilung des Hitlerismus zu haben."

Der verstorbene Papst habe aus seinen Sympathien für die Deutschen keinen Hehl gemacht. Heute sehe die Situation etwas komplizierter aus:

"Gewissen vatikanischen Würdenträgern ist es etwas peinlich, pro-deutsche Sympathien zu zeigen, weil sie in der Praxis die Entwicklung eines neuen, realistischen, 'philo-neutralistischen' Kurses entschieden bremsen. Pro-deutsche Sympathien sind auch deshalb manchmal unopportun und unbequem, weil Bonner Extremisten nicht immer feine und geschickte Partner sind."

Im Zusammenhang mit der weite Wellen schlagenden Diskussion über Hochhuths "Stellvertreter" schreibt der polnische Korrespondent:

"Im Augenblick ruft das Stück Hochhuths hier (d.h. im Vatikan), wie es scheint, mehr kritische als positive Reaktionen hervor."

Man hört aber auch halblaut geäußerte Meinungen, daß der junge Autor ehrlich und in Übereinstimmung mit der historischen Wahrheit das Problem stellte, was schon alleine bemerkenswert ist.

Am Interessantesten ist aber die Verlegenheit, die jene vatikanische Kreise zeigen, die bis vor kurzem als pro-deutsch galten. Die Verlegenheit ist nicht so sehr durch das Stück Hochhuths hervorgerufen, als vielmehr durch die Reaktion der offiziellen deutschen katholischen Kreise darauf. Diese Reaktion ist in einem offen chauvinistischen und hochmütigen Geiste gehalten."

In der Schlußfolgerung meint der polnische Korrespondent, daß "die Zeit im Vatikan gegen Bonn arbeitet - darin sind sich alle Beobachter der vatikanischen Fragen einig. Auf die Dauer muß der 'Kurs des Papstes', die Ausrichtung der Kirche auf die 'übernationale Neutralität', eine Entfernung von den traditionellen Positionen des 'kalten Krieges' bringen, die von Bonn und seinen vatikanischen Freunden noch gehalten werden."

5) "Trybuna Ludu" zur Nominierung ERHARDs

Das parteiamtliche Blatt versah die Nachricht über die Nominierung des Wirtschaftsministers ERHARD zum Kanzlerkandidaten der CDU mit einem kurzen Kommentar, in dem es u.a. heißt:

"Von Erhard wurde bekannt, daß er Anhänger der Mitgliedschaft Großbritanniens in der EWG ist. In der atlantischen Welt ist das eine andere politische Linie, als jene die Adenauer vertrat, als er zusammen mit dem Präsidenten Frankreichs den Engländern die Tür vor der Nase zuschlug. Wenn Erhard als Kanzler dem treubleibt, was Erhard als Wirtschaftsminister sagt, so wird das nicht ohne Folgen für viele Lebensgebiete sein. Adenauer wollte das nicht zulassen. Er wollte einen Nachfolger, der seine Politik fortsetzen würde, und zwar auf allen Fronten. Das erwies sich als unmöglich. In seinem Leben gewann Adenauer so manche Schlacht. Die letzte verlor er aber."

II. SOZIALE UND KULTURELLE PROBLEME

1) Erziehen oder ernst nehmen?

Was ist die Aufgabe der Hochschulen: Lehren oder lehren und erziehen?

Ist eine Hochschule eine Lehr- oder Erziehungsanstalt? Die Mehrzahl der Lehrkräfte, die es sich zur Aufgabe machten, gute Fachleute auszubilden, betrachtet die dauernden Versuche der Parteistellen, die Studenten auch ideologisch auszurichten (man spricht in diesem Falle natürlich von Erziehung), als ausgesprochen störend. Sehr kraß sprach das "ein junger Wissenschaftler mit Aussichten auf eine glänzende Zukunft" (so "Trybuna Ludu" vom 5. April) aus, als man ihn über seine Ansichten zur Frage der Erziehung der Hochschulstudenten fragte. "Erziehen? Nein, ich versuche die Studenten ernst zu nehmen, und wenn einer von ihnen das nicht verstehen kann, so qualifiziert er sich nicht für ein Hochschulstudium."

"Es ist keine vereinzelte Meinung" - schreibt das Blatt. "Man sagt sich, daß Studenten erwachsene und selbständige Menschen sind, die bei seriösen Menschen ein seriöses Wissen erlangen wollen."

Erziehung sei eine ernste Sache, und gerade die Erzogenen sollten ernst genommen werden. Die Jugend wolle selbständig sein, das schließe aber nicht aus, daß sie - bewußt oder unbewußt - bei ihren Lehrern Autorität suche: "Jedoch die Mehrzahl der Lehrkräfte hat entweder keine Zeit, sich mit den Studenten zu beschäftigen, oder legt keinen Wert darauf."

Das kommunistische Blatt schreibt nicht die volle Wahrheit. Seit Jahren ist die Tatsache bekannt, daß Hochschulstudenten sich keine Bevormundung durch die Partei oder ihre Massenorganisationen wünschen. Die politischen Jugendorganisationen finden bei dieser Jugend so wenig Anklang, daß man mit allen Kräften nach anderen Möglichkeiten sucht, sie ideologisch zu beeinflussen. Man versuchte zu diesem Zwecke den "Verein der Polnischen Studenten" einzuspannen, eine Organisation, die als unpolitische Interessenvertretung der Studentenschaft galt und fast alle Studierenden umfaßt. Jetzt will man

offensichtlich die Dozenten der Hochschulen an ihre erzieherischen Pflichten erinnern. Diese scheinen sich aber mit allen Kräften dagegen zu wehren, weil sie die Einstellung der Studenten genau kennen und zum größten Teil wohl auch teilen. Es scheint, daß Vorstöße der Partei wenig nützen werden. Man wird noch lange Jahre Klagen der offiziellen Stellen darüber hören können, wie "unpolitisch" doch diese akademische Jugend von heute ist.

2) Droht Polen Entvölkerung?

Seit einer gewissen Zeit führen die Vertreter der Katholischen Kirche in Polen eine wohl bewußt übertriebene Polemik gegen die vom GOMULKA-Regime eingeführte Politik der Geburtenregelierung. Um die gefährliche "demographische Explosion" zu bändigen, entschloß sich GOMULKA, nicht etwa zu einschneidenden wirtschaftlichen Maßnahmen (wie z.B. Aufhebung der Steuerbegünstigung usw.), sondern tat das wenigste, was man in dieser Situation tun konnte: Er appellierte an das Verantwortungsgefühl der Eltern und solcher, die es werden könnten und lockerte die gesetzlichen Verbote der Schwangerschaftsunterbrechung. In gesundheitlich oder sozial begründeten Fällen durfte der Arzt nun einen Eingriff machen, den früher hunderttausend Mal pro Jahr obskure "Hebammen" machten. Kardinal WYSZYNSKI bezeichnete darauf hin die polnischen Kliniken als "Schlachthäuser", und die Geistlichkeit im ganzen Lande erhob laute Kassandrarufo.

Die Entwicklung der folgenden Jahre gab dem Klerus immer neuen Anlaß zu lauten Protesten. Die Kurve des Geburtenüberschusses fing an, jäh zu fallen. Ein Jahr vor dem Machtantritt GOMULKAs betrug dieser Überschuß 19,5 Promille, fünf Jahre später, im Jahre 1960, 14,7; im Jahre 1961 - 13,3 und im Jahre 1962 - 11,7 Promille. Im letzten Vierteljahr des vergangenen Jahres fiel er sogar auf 9,8 Promille. Sollte diese Entwicklung weiter fortschreiten - so würde das bedeuten, daß sich in den ersten 10 Jahren der Politik der "Geburtenregulation" der Geburtenüberschuß um die Hälfte verminderte.

Obwohl die bewußte Politik der Regierung einen gewissen Einfluß auf die demographische Entwicklung in Polen hatte, wäre es jedoch stark übertrieben, zu behaupten, daß ausschließlich, oder überwiegend diese Maßnahmen die "Geburtenexplosion" bremsten. Als sich in letzter Zeit ein westlicher Sender mit der These "WYSZYNSKI's über die drohende Entvölkerung Polens identifizierte, und man noch den Maßnahmen der polnischen Regierung die Tatsache entgegenhielt, daß die Sowjetunion einen höheren Geburtenüberschuß als Polen habe, (16,6 Promille), was auch auf andere Nachbarn Polens (Sowjetzone und Tschechoslowakei) zutraf, erschienen in der polnischen Presse Artikel, die die Bevölkerung über die wirkliche Lage auf dem Gebiete der Bevölkerungsbewegung aufklärten.

Man wies darauf hin, daß die ursprünglich sehr hohe Geburtenzahl eine allgemeine Nachkriegerscheinung war, die 5-10 Jahre dauerte und nun längst zu Ende gegangen sei. Seit 1960 befindet sich Polen in einer "demographischen Tiefe", die dadurch verursacht ist, daß die besonders kleinen Kriegsjahrgänge jetzt das Alter erreichen, in dem man heiratet und Kinder bekommt. Diese "Tiefe" wird nach Ansicht der Demographen bis zum Jahre 1970 andauern. Danach ist wieder eine Erhöhung der Geburtenzahl zu erwarten. Die fortschreitende Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Menschen und Familien, die Möglichkeit sich einen (an westlichen Maßstäben gemessen sehr bescheidenen) Wohlstand zu schaffen, sich einen Fernseher, ein Motorrad oder Kühlschrank zu kaufen, zwingt die Familien zu einer gewissen Planung, die sich auch auf die Kinderzahl erstreckt. Und erst als letzten Faktor könnte man die Ergebnisse der Regierungspolitik erwähnen.

Vor dem Kriege gehörte Polen zu den geburtenfreudigsten Ländern Europas. Aber auch damals fiel die Geburtenkurve ununterbrochen und war in den letzten Vorkriegsjahren niedriger als heute. Der Vergleich mit den Nachbarn ist im polnischen Falle kaum angemessen. Die "DDR" und die Tschechoslowakei haben mit 4,6 bzw. mit 6,6 Promille die niedrigsten Geburtenüberschüsse

In ihrem Falle ist eine Politik der Geburtenintensivierung durchaus begründet. Was die UdSSR betreffe, so meint die Presse in Polen, daß dieses Land riesengroße Gebiete besitzt, die eine Bevölkerungsdichte von 3,4 Menschen pro Quadratkilometer haben. Im Falle der Sowjetunion sehe diese Problematik also völlig anders aus. Im übrigen solle man nicht allzuvielle Vergleiche ziehen, weil die Problematik eines jeden Staates anders sei.

Im übrigen wird man bei der ganzen ziemlich hitzigen Polemik um die Fragen der Geburtenpolitik an die Vorkriegszeit erinnert, als man ähnliche Polemiken führte. Damals waren es neben katholischen auch nationalistische Kreise, die sich immer des Argumentes bedient haben, daß bei der dauernden Bedrohung Polens durch seinen westlichen und östlichen Nachbarn das polnische Volk sich nur dan halten könne, wenn es zahlreich sei. Es wurde damals viel von der Zahl der Divisionen gesprochen, die Polen aufstellen müsse, um einen Angriff abzuwehren. Heutzutage hat eine solche Argumentation jeden Sinn verloren. Kein normal denkender Mensch in Polen würde diesem Lande eine Chance geben, einen sowjetischen Angriff erfolgreich abzuwehren, auch wenn sich die Geburtenzahl in Polen verdreifacht. Als Reminiszenz des Denkens in alten Kategorien muß man also Hinweise auf die höheren sowjetischen Geburtenzahlen bezeichnen.

Nach demneulich veröffentlichten Angaben des statistischen Amtes betrug die Zahl der Einwohner Polens am Ende des vergangenen Jahres fast 30,5 Millionen. Kurz vor dem Kriegsausbruch hatte Polen 35 Millionen Einwohner. Darin waren aber auch starke nationale Minderheiten enthalten. Die Zahl der Frauen übertrifft die Zahl der Männer fast um eine Million. Dieser Überschuß der Frauen erstreckt sich aber nur auf ältere Jahrgänge. Bei jungen, heiratsfähigen Polen gleicht sich die Zahl beider Geschlechter aus. Die zahlenmässige Überlegenheit der Frauen resultiert aus der Tatsache, daß sie im Durchschnitt viel länger leben (Männer - 64,8, Frauen - 70,5 Jahre).

Die Zahl der Dorfeinwohner ist immer noch größer, als die der Stadteinwohner, allerdings nur um 700.000. In wenigen Jahren wird ein Gleichstand erreicht werden.

2) Barbarische Ausbeutung

Unter Stalin gehörte das Schinden der Arbeiter zum System. Nach dem Oktober 1956 hat sich in der Einstellung der Regierungsspitze zu diesem Problem einiges geändert. Trotzdem ist der arbeitende Mensch in Polen nach wie vor Gegenstand der Willkür. Daran hat sich nur graduell, nicht prinzipiell einiges verschoben.

Eine Untersuchung in der zweitgrößten und stark industrialisierten Stadt Polens - Lodz - ergab Mißbräuche, die fast Ausmaße eines Systems erreicht haben. Hier einige Beispiele (zitiert nach "Zycie Warszawy" vom 25. und 26. April):

"Das Gesetz über die Arbeitszeit wird systematisch verletzt. Viele Menschen arbeiten länger als 8 Stunden, für die Überstunden werden sie oft überhaupt nicht bezahlt. Das Gesetz erlaubt nicht, daß ein Arbeiter pro Jahr mehr als 120 Überstunden macht. In manchen Betrieben beträgt aber die Zahl der Überstunden eines Arbeiters 100 pro Monat. Die Arbeitszeit wird, entgegen den Bestimmungen, ohne Einverständnis der Gewerkschaft verlängert. In einem Betriebe arbeiteten Frauen (in Lodz gibt es viele Textilarbeiterinnen) 18 Stunden ohne Unterbrechung und bekamen dafür normalen Akkordlohn. In einem anderen Werk arbeiteten Frauen bis 270 Stunden pro Monat (gesetzlich - 200 Stunden) und bekamen nicht einen Pfennig extra dafür....

In der Lodzer Industrie werden 8.000 Jugendliche (14-18 Jahre) beschäftigt. Eine Verletzung der Rechte und Vorrechte dieser Gruppe ist eine allgemeine Erscheinung. Man beschäftigt Jugendliche bei Arbeiten, die für sie schädlich sind. Man gibt ihnen keine Freizeit für den Schulunterricht, man verweigert ihnen den gesetzlich vorgesehenen Urlaub...

Auf dem Gebiete der fristlosen Entlassung gibt es die meisten Mißbräuche. Man entläßt die Beschäftigten, ohne die Betriebsräte zu be-

fragen, ohne Gründe für die Entlassung anzugeben...

"Man verweigert", "man entläßt" - wer verbirgt sich hinter dieser unpersönlichen Bezeichnung? Es handelt sich einfach um Direktoren der Betriebe, die "um jeden Preis den Plan erfüllen wollen und oft nicht beachten, auf wessen Kosten das geschieht".

"Die Gewerkschaften, die den Arbeitnehmer in Schutz nehmen wollten, sind oft nicht konsequent genug, zu selten greifen sie nach schärferen Mitteln gegenüber den Direktoren, die die Arbeitsgesetzgebung verletzen."

Hier einige Aussprüche von Direktoren der Betriebe:

"Wir kümmern uns um Gesetzlichkeit, wenn wir wissen, daß die Prämie sowieso verfallen ist (d.h. der Plan wird nicht erfüllt). So lange wir noch eine Hoffnung besitzen, hetzen wir uns alle ab, und keiner kümmert sich dabei um solche Details wie das Arbeitsgesetz..."

Früher war ich einmal Gewerkschaftsfunktionär, Ich kümmerte mich um Arbeitsgesetzgebung, weil es zu meinen Pflichten gehörte. Heute bin ich Direktor und habe zu viel Sorgen, um mich noch um Gesetze zu kümmern. Wenn es mich bei der Planerfüllung stört - schiebe ich es beiseite..."

Bekennnis eines Gewerkschaftsfunktionärs:

"Die Direktoren verletzen die Vorschriften, ich weiß es, Im allgemeinen teile ich ihren Kummer, einmal konnte ich es aber nicht aushalten und stellte einen Antrag auf 1000 Zloty Strafe wegen Verletzung der Bestimmungen. Da habe ich mich aber ganz schon in die Nesseln gesetzt. Es stellte sich heraus, daß der Direktor sehr gute Beziehungen hatte. Ich zweifle, ob ich noch einmal so etwas riskieren würde. Und ein Kollege von mir entdeckte einmal bei der nächtlichen Kontrolle, daß schwangere Frauen an den Maschinen standen. Er hätte gleich einen Strafantrag stellen müssen, hat aber ebenso schnell darauf verzichtet, weil er an meine Erfahrungen dachte..."

Nun haben wir sie beide: "Auf der einen Seite - der Direktor, den seine

Vorgesetzten nur in einer Richtung drängen: Plan erfüllen. Alles andere wird beiseite geschoben. Auf der anderen Seite steht der Gewerkschaftsvertreter, ein institutioneller Beschützer aller derjenigen, die den Plan erfüllen sollen. Dieser Beschützer ist leider nicht immer konsequent genug und verfügt nicht über wirksame Handlungsfreiheit, schöpft aber auch die zur Verfügung stehenden Mittel nicht immer aus."

Die Schlußfolgerung der Zeitung ist: Wenn die zur Wahrung der Arbeiterrechte berufenen Menschen nicht einen wirksamen Schutz gewähren können, muß ihnen jemand zu Hilfe kommen. Wer soll das sein? Die Partei natürlich, die Betriebsorganisation, oder das Parteikomitee. Diese Patentlösung scheint die Zeitung beruhigt zu haben. Dabei wird aber eine Kleinigkeit vergessen: Vertreter der Direktion sitzen an einflußreichen Stellen in den Komitees und Exekutiven, haben dort Stimme, Position, gute Freunde, also alles, was man "Beziehungen" nennt. Man muß entweder naiv oder unverfroren sein, um zu behaupten, daß die Direktoren ihren Einfluß nicht geltend machen würden, in dem von den Kommunisten geschaffenen System.